

Die DVP im November 2018/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Dennis Frieß

Orientierung im E-Wald 420

Auch wenn die Literatur keine eindeutigen Definitionen zulässt, tun Wissenschaft und Praxis gut daran, eine gewisse Klarheit über Begriffe herzustellen und diese in Beziehung zueinander zu setzen. Ziel dieses Beitrags ist es, einige zentrale E-Begriffe zu definieren um somit zu einer geteilten Vorstellung davon zu gelangen, was mit den Begriffen assoziiert wird und in welchem Verhältnis sie zueinanderstehen.

Angesprochen werden zunächst die Begriffe der E-Demokratie, E-Government, E-Administration, E-Partizipation und E-Governance, ehe schließlich eine Systematisierung zum Verhältnis der Begriffe vorgeschlagen wird.

Kathrin Diekmann

Organisationales Lernen in Kommunalverwaltungen und Universitäten am Beispiel von Online-Partizipationsverfahren 424

Kommunalverwaltungen und Universitäten als Organisationen im öffentlichen Sektor sehen sich permanent mit Veränderungen konfrontiert. Diese sollen u.a. zu mehr Offenheit und Transparenz im Verwaltungshandeln sowie zu einer gesteigerten Serviceorientierung gegenüber Bürgern/Universitätsangehörigen führen. Der Einsatz der Online-Partizipation zu diesem Zweck führt zu Veränderungen für die Organisationsstruktur und Individuen in der Organisation, die in einem Spannungsverhältnis zur Lern- und Veränderungsbereitschaft der Beteiligten stehen können.

Der Beitrag stellt zwei Studien vor, welche sich sowohl mit dem Spannungsverhältnis als mit den neuen Anforderungen durch Online-Partizipation in Universitäten bzw. Kommunalverwaltungen auseinandersetzen.

Nicole Najemnik

Digitale Ungleichheiten und Online-Bürgerbeteiligung 428

Dieser Beitrag vermittelt den Stand der Forschung zu Ungleichheiten und zur sozialen Selektivität der Teilnehmenden von (Online-)Bürgerbeteiligungsprozessen. Untersucht und erläutert werden insbesondere verschiedene Einflussfaktoren auf die Teilnahme an Online-Beteiligungsangeboten.

Malte Steinbach/Stefan Süß

Strategien von Stadtverwaltungen und ihren Mitarbeitern im Umgang mit Online Partizipation: Empirische Ergebnisse aus drei Großstädten 433

Wegen verschiedener paralleler Reformentwicklungen ist nicht immer klar, an welchen Zielen und Maßstäben sich Verwaltungshandeln messen lassen muss und inwiefern diese Anforderungen überhaupt miteinander vereinbar sind. Wie Kommunalverwaltungen und ihre Mitarbeiter/innen mit dieser Komplexität umgehen, wird in diesem Beitrag am Beispiel der Einführung, Nutzung und Verstetigung von Online-Partizipation in drei Großstädten untersucht.

Nadja Wilker

Online-Partizipation aus Sicht von Ratsmitgliedern . . . 437

Der Beitrag widmet sich der Frage, was Ratsmitglieder davon halten, Bürgerinnen und Bürger mithilfe des Internets stärker an kommunaler Politik zu beteiligen. Dabei werden drei Teilaspekte in den Blick genommen: I. Die Einstellungen der Ratsmitglieder zu verschiedenen Beispielen von Online-Partizipation, II. die Chancen und Risiken, die sie mit Online-Partizipation verbinden, sowie III. ihre Erwartungen hinsichtlich der Frage, welche Bürgerinnen und Bürger aus ihrer Sicht eigentlich online mitmachen (sollten). Die Ergebnisse basieren auf einer Befragung von mehr als 1.100 Ratsmitgliedern in Nordrhein-Westfalen.

Praxisberichte

Bastian Rottinghaus/Tobias Escher

Mehr Akzeptanz durch Online-Partizipation? 441

An dieser Stelle werden erste Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung von Online-Bürgerbeteiligung in Bonn, Köln und Moers vorgestellt. Mit den Beteiligungsverfahren werden eine Reihe von Zielen verfolgt. Die Grundfrage der Evaluationsforschung lautet, ob Beteiligungsverfahren diese Ziele erfüllen beziehungsweise überhaupt erfüllen können. So kann entschieden werden, wann

Bürgerbeteiligung sinnvoll eingesetzt werden kann, inwieweit die dafür aufgewandten Ressourcen dem Ertrag angemessen sind, und wie diese Verfahren verbessert werden können.

Achim Hertzke

Onlinebeteiligung im BUND Landesverband NRW e.V 445

Am Beispiel des verbandsinternen Pilotprojektes „Online-Partizipation“ wurde betrachtet, welche Bedeutung Partizipation gewählter BUND-Amtsträger im Kontext einer auch gesamtgesellschaftlich wichtigen Praxis demokratischer und transparenter Teilhabe hat.

Hierzu wurde die Möglichkeit einer Online-Beteiligung geschaffen und danach durch Befragung der Teilnehmer evaluiert.

Sabrina Schöttle/Malte Steinbach/Nadja Wilker/Theresa Witt

Der DIID-Monitor Online-Partizipation 448

Inwieweit Kommunen Online-Partizipation auf lokaler Ebene nutzen, wurde 2016 zum ersten Mal mit dem DIID-Monitor Online-Partizipation systematisch und umfangreich erhoben. Die Studie mit Fokus auf Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstem Bundesland zeigt, dass dort bereits ein Drittel der Kommunen das Internet nutzt, um Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.

Christian Meter/Tobias Krauthoff/Alexander Schneider

Dialogbasierte Online-Diskussionen 450

Ein grundlegendes Element von Online-Partizipation ist die Kommunikation/Diskussion zwischen den Teilnehmenden. Bisherige Ansätze haben sich im Praxisseinsatz jedoch regelmäßig als problematisch erwiesen. Daher wird ein neuartiger Ansatz erforscht, der Personen durch einen zeitversetzten Dialog führt, um so allgemein bekannte Probleme wie Polarisierung, Redundanz oder Spam zu reduzieren und die gewonnenen Daten direkt in Form von Argumenten aufbereitet.

Rechtsprechung

Thomas Weiler

Elektronische Stimmabgabe auf kommunaler Ebene aus rechtlicher Sicht 453

Ausgehend von der sog. „Wahlcomputerentscheidung“ des BVerfG (Urteil vom 03.03.2009 – 2 BvC 3/07, 4/07, BVerfGE 123, 39-88) wird untersucht, ob Wahlen und Abstimmungen auf kommunaler Ebene legal elektronisch oder sogar online durchgeführt werden können.

Frank Bätge

Rechtswirksamkeit einer Online-Hochschulwahl 458

Die Entscheidung des BVerwG (Beschluss vom 14.3.2018 – 6 BN 3/17) hat im Ergebnis die Rechtmäßigkeit einer Online-Hochschulwahl rechtskräftig bestätigt. Die Anmerkung erläutert den Weg zu dieser Entscheidung und ihre Bedeutung für die mögliche Einführung elektronischer Wahlen bei Selbstverwaltungsorganen (Sozialversicherungsgremien, Hochschulen etc.), für Personalratswahlen oder lediglich auf Satzungsgrundlage organisierten Wahlen von Kommunen wie z.B. Seniorenbeirats- und Jugendvertretungswahlen.

Theresa Witt

Wie weit dürfen Kommunen ihre eigenen Formen der Bürgerbeteiligung definieren? 460

In dieser Besprechung des Urteils des VG Gießen vom 02.03.2018 – 8K4523/15. GI – wird erläutert, aus welchen Erwägungen das Gericht einer Gemeinde das Recht abspricht, durch Satzung eigene Formen der Bürgerbeteiligung neben den Regelungen der Gemeindeordnung zu schaffen.

Schrifttum

462

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage des Erich Schmidt Verlag.
Wir bitten um freundliche Beachtung!

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Haufe-Lexware GmbH & Co. KG.
Wir bitten um freundliche Beachtung!